



Landesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros
Niedersachsen

Eine frauenpolitische Kraft
in Niedersachsen

Hannover, 28.01.2004

Pressemitteilung

Frauenbeauftragte wichtiger denn je – Gleichstellung in den Kommunen fördern!

Landkreise und Städte und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind verpflichtet, eine hauptamtliche Frauenbeauftragte zu bestellen.

Das „Frauenbeauftragtengesetz“ (§ 4a NLO, § 5a NGO) schreibt das Ziel der Tätigkeit der Frauenbeauftragten fest und ihre Rechte wie Teilnahme- und Rederecht in kommunalen Gremien, Weisungsunabhängigkeit und das Recht auf eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit.

Seit nunmehr 10 Jahren sind Kommunen verpflichtet hauptamtliche Frauenbeauftragte zu beschäftigen. Viel ist seither frauenpolitisch auf den Weg gebracht. Aber vom Ziel einer gleichberechtigten Lebenswelt für Frauen und Männer ist diese Gesellschaft noch weit entfernt. Derzeit droht sich die Situation besonders für Frauen sogar zu verschlechtern. Angesichts allgemeiner Finanzknappheit sind Frauenbeauftragte als engagierte Akteurinnen und Bündnispartnerinnen für eine aktive Gleichstellungspolitik unverzichtbar. Trotzdem denkt die Landesregierung darüber nach, die Pflicht zu einer institutionalisierten Frauenpolitik abzuschaffen.

„Dieses Gesetz hat sich bewährt. Auch die Kommunen, die bis zu dem Zeitpunkt noch keine Maßnahmen getroffen hatten, Gleichberechtigung voranzutreiben, haben Frauenbeauftragte bestellt und damit frauenpolitisches know-how in ihre Verwaltungen gebracht. Die Zeit der Alibi-Frauenbeauftragten ohne Rechte war vorbei“ stellt lag-Sprecherin Almut von Woedtke fest.

Kontakt: LAG, p.A.: Vernetzungsstelle, Sodenstr. 2, 30161 Hannover
Tel.: 0511 / 33 65 06-27, Fax: 0511 / 33 65 06-36, E-Mail: LAG@Vernetzungsstelle.de,
Internet: www.frauenbeauftragte-niedersachsen.de

Die lag-Sprecherinnen / Ihre Ansprechpartnerin:



Katrin Morof
LK Helmstedt
Südentor 6
38350 Helmstedt
Fon (05351) 121-1212
Fax (05351) 121-1626



Christina Runge
LK Diepholz
Niedersachsenstr. 2
49356 Diepholz
Fon (05441) **976-1080**
Fax (05441) 976-1774



**Anna Maria Schmitz-
Hülsmann**
Stadt Osnabrück
Bierstraße 33-36
49074 Osnabrück
Fon (0541) **323-4441**
Fax (0541) 323-154441



Silke Tödter
LK Peine
Burgstr. 1
31224 Peine
Fon (05171) **401-257**
Fax (05171) 401-271



Rosita Wismach
LK Northeim
Medenheimer Str. 6-8
37154 Northeim
Fon (05551) **708-390**
Fax (05551) 708-9131



Almut von Woedtke
Landkreis Hildesheim
Bischof-Janssen-Str.
31
31132 Hildesheim
Fon (05121) **309-316**
Fax (05121) 309-145

Bestrebungen der Landesregierung, das Gesetz zu novellieren und dadurch Gemeinden womöglich von der Pflicht zur Bestellung einer Frauenbeauftragten freizustellen oder ihre Rechte zu beschneiden werden von der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen (lag) mit Protest beantwortet. Das Bekenntnis der Landesregierung, insbesondere der Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 22.01.2004 für die wirksame Arbeit der Frauenbeauftragten wird begrüßt. „Allerdings wird anscheinend weiterhin beabsichtigt, den Kommunen mit ihren Forderungen nach Abbau und Schwächung der kommunalen Frauenbeauftragten entgegenzukommen“, so Silke Tödter (lag).

„Eine Verschiebung der Einwohnergrenze nach oben bedeutet eine Schwächung von Gleichstellungsarbeit gerade im ländlichen Raum. Hierzu sehen wir keinen Anlass“ wendet sich die Sprecherin Christina Runge gegen eine Verringerung der Zahl der hauptamtlichen Frauenbeauftragten.

Am Mittwoch, den 17.12.03 ab 12.30 Uhr gab die lag in Hannover den Startschuss für eine landesweite Initiative zum Erhalt erfolgreicher Frauenpolitik.

Mit einer Postkartenaktion und dem Slogan „Gleich ist nicht gleich gleich – Frauenbeauftragte wichtiger denn je!“ organisiert die lag nun den Protest gegen ein solches Vorhaben. Die Resonanz hierauf ist überaus gut. Viele Menschen, Frauen wie Männer erteilen der Absicht, Gleichstellungspolitik abzubauen, eine Absage. Die Kampagne wird von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt, die die Angebote der Gleichstellungsstellen kennen und nutzen, von Mitgliedern der Räte und Kreistage inklusive Bürgermeister und Landrat oder Landrätin. Auch prominente Unterstützung wird gegeben und Verbände wie z.B. der mitgliederstarke Niedersächsische Landesfrauenrat oder der Sozialverband sind dabei.

Die Postkarten werden am 16.02.2004 „5 vor 12 Uhr“ an den Ministerpräsidenten vor der Staatskanzlei übergeben. Treffpunkt zu dieser Protestaktion: 16.02. 2004, 11.30 Uhr vor dem neuen Rathaus in Hannover.

Auch im März bleibt die Landesarbeitsgemeinschaft aktiv: Am 11.03.2004 wird ein frauenpolitischer Empfang Gelegenheit geben, den dann aktuellen Stand des Verfahrens um das Frauenbeauftragtengesetz zu kommentieren.